

Mainburg, den 11.12.2017

Offener Brief und Appell des ÖDP-Ortsverbandes Mainburg an  
Bundestagsabgeordneten Florian Oßner (CSU)

An den Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Landshut/Kelheim

Herrn  
Florian Oßner, MdB  
CDU/CSU  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Oßner,

wir, die Unterzeichner dieses Briefes, sowie unsere Unterstützer, wenden uns heute noch einmal an Sie mit der Bitte, Aktivitäten zu unterstützen, durch die die deutsche Rüstungspolitik deutlich restriktiver wird.

Insbesondere bitten wir um eine Stellungnahme zu den hier formulierten 2 Forderungen.

Man findet deutsche Waffen in den Krisengebieten der Welt. Wenn Rüstungsexporte in Drittländer nicht mehr stattfinden, dann trägt Deutschland mit dazu bei, dass Menschen nicht vor dem Terror aus ihren Heimatländern fliehen müssen. Ein wesentlicher Grund für die aktuellen deutschen Waffenexporte ist, dass über Konzernspenden und wehrtechnische Institutionen Bundestagsabgeordnete sich Rüstungskonzernen und nicht primär dem Frieden in der Welt verpflichtet fühlen.

Wir sehen 2 grundsätzliche Punkte, die geändert werden müssen:

### **(1) Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik**

Nirgendwo wird die Nähe zwischen politischen Entscheidern und Lobbyisten so offen und unverblümt gesucht wie beim Waffenexport. Es gibt sogar ein institutionalisiertes Begegnungsforum: Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik.

Dort treffen sich:

- Die Lobbyisten der Rüstungsindustrie
- Beamte aus dem Verteidigungsministerium
- und Politiker von CDU, CSU, SPD und FDP wie z.B. der CSU-MdB Florian Hahn, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag.

In dieser Deutschen Wehrtechnischen Gesellschaft wird jede gebotene Distanz zwischen Parlamentariern, Ministerialbeamten und Rüstungslobbyisten aufgegeben.

Deshalb die Forderung, dass Parlamentarier und Ministerialbeamte nicht Mitglieder dieser Institution sein dürfen.

## **(2) Konzernspenden**

Konzernspenden an Parteien befördern das Waffengeschäft.

Ein Beispiel: Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist im CDU-Kreisverband Rottweil. Diesem CDU-Kreisverband Rottweil gab der dort ansässige Rüstungskonzern Heckler & Koch immer wieder ansehnliche Spenden. Dies halten wir für sehr bedenklich.

Daraus resultiert die Forderung, dass Konzernspenden in Deutschland nicht mehr zulässig sind, um Interessenskonflikte zu vermeiden.

Die ÖDP lehnt als einzige deutsche Partei Konzernspenden vehement ab.

Der Bundesvorstand der ÖDP hat sehr frühzeitig im September 2014 in eindeutiger Weise Waffenexporte abgelehnt (Quelle:

<https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/appell-zum-weltfriedenstag/>).

Wir verweisen auf die Abstimmung im Bundestag vom Dezember 2015 zum sofortigen Stopp aller Waffenexporte in den Nahen Osten, wogegen von den Parlamentariern der Regierungskoalition mit sehr großer Mehrheit gestimmt wurde. (Quelle: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/069/1806918.pdf>)

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir im Sinne der deutlichen Mehrheit der Bevölkerung diesen offenen Brief an Sie als Bundestagsabgeordneten für den Stimmkreis Landshut/Kelheim senden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Wimmer  
(Ortsvors. ÖDP Mainburg)

Annette Setzensack  
(Stadt- und Kreisrätin)

Konrad Pöppel  
(Stadt- und Kreisrat)